



**Rechtsgrundlagen**

Für diesen Bebauungsplan gelten

- das Baugesetzbuch (BauGB) vom 8. Dezember 1986
- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO) vom 15. September 1977 in der jetzt gültigen Fassung.

### Planzeichenerklärung

#### Art der baulichen Nutzung

	Kleinsiedlungsgebiet		Mischgebiet
	Reines Wohngebiet		Keimbereich
	Allgemeines Wohngebiet		Gewerbegebiet sh. textl. Festsetzung
	Besonderes Wohngebiet		Industriegebiet
	Dorfgebiet		Sondergebiet

#### Maß der baulichen Nutzung

	Geschossflächenzahl	III	Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
	Baumassenzahl		Zahl der Vollgeschosse zwingend
0,2	Grundflächenzahl		

#### Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

	offene Bauweise	g	geschlossene Bauweise
	nur Einzelhäuser zulässig		abweichende Bauweise siehe textl. Festsetzungen
	nur Doppelhäuser zulässig		Stellung der baulichen Anlagen
	nur Hausgruppen zulässig		Baulinien
	nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig		Baugrenze

#### Sonstige Planzeichen

	Umgrenzung von Flächen für Wohnanlagen, Spielplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen		Stützpunkte		Gemeinschafts-spielplätze
	Mit-Geh-, Fähr- und Leitungen verbunden zu belastende Flächen		Gemarkungen		Gemeinschafts-garagen
	Umgrenzung der Flächen für besondere Anlagen und Vorrichtungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen (BIM-Schutz)		Höhenlinien		
	Aufschüttung		Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans		
	Abgrabung		Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der Änderung des Bebauungsplans		
	Stützmauern		Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung		
	Straßenbegrenzungslinie				
	Die Straßenbegrenzungslinie entfällt, wenn sie einer Baulinie oder Baugrenze zusammenfällt.				

#### Textliche Festsetzung

In dem Gewerbegebiet sind nur Betriebe zulässig, die das Wohnen nicht wesentlich stören (entspr. § 6 Abs. 1 BauNVO).



## STADT HILDESHEIM

### 3. Änderung des Bebauungsplanes HT 203 Für das Gebiet zwischen Carl-Zeiss-Straße und Linnenkamp im Ortsteil Himmelsthür

Maßstab 1:500

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 27.01.1988). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.  
Die neuzubildenden Grenzen lassen sich einwandfrei in die Örtlichkeit übertragen.

Hildesheim, den 23.06.1988  
Stadtvermessungsamt

Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB (neueste Fassung) und der Niedersächsischen Gemeindeordnung (neueste Fassung) vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 24.04.1989 als Satzungsbeschluss beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB beigefügt, ihr wurde zugestimmt.

Hildesheim, den 03.08.1989  
Oberbürgermeister  
Oberstadtdirektor

Für die Ausarbeitung des Planentwurfs

Hildesheim, den 22.04.1988

Stadtplanungsamt

Der Bebauungsplan ist gem. § 11 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) am 11.08.1989 angezeigt worden. Eine Verletzung von Rechtsvorschriften wurde gem. § 11 Abs. 3 BauGB unter Auflagen / mit Maßgaben / mit Ausnahme der durch ... gekennzeichneten Teile nicht gemacht.

Hildesheim, den 16.11.1989  
Landesregierung Hannover  
Im Auftrage  
trappe

Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde gem. § 2 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) vom Rat der Stadt in seiner Sitzung am 18.04.1988 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 15.06.1988 in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht. Die öffentliche Unterrichtung gem. § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte vom 22.06.1988 bis 12.07.1988. Gleichzeitig bestand allgemeine Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.  
Hildesheim, den 03.08.1989

Der Oberstadtdirektor  
Im Auftrage

Der Rat der Stadt ist den in der Verfügung vom ... (Az. ...) aufgeführten Aufgaben / Ausnahmen in seiner Sitzung am ... beigetreten.

Hildesheim, den ...  
Der Oberstadtdirektor  
Im Auftrage

Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes hat der Rat der Stadt Hildesheim gem. § 2 BauGB (neueste Fassung) in der Sitzung am 18.04.1988 zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Hildesheim, den 03.08.1989

Der Oberstadtdirektor  
Im Auftrage

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens des Bebauungsplanes ist gem. § 12 BauGB (neueste Fassung) am 20.12.1989 im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekanntgemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am 20.12.1989 rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.

Hildesheim, den 23.01.1990  
Der Oberstadtdirektor  
Im Auftrage

Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom 22.09.1988 bis 21.10.1988 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt.  
Die Auslegung ist am 14.09.1988 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Erhebung von Anregungen und Bedenken während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht worden.  
Hildesheim, den 03.08.1989

Der Oberstadtdirektor  
Im Auftrage

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes ist die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplanes nicht geltend gemacht worden.

Hildesheim, den 21.12.1990  
Der Oberstadtdirektor  
Im Auftrage

Der Entwurf dieses Bebauungsplanes wurde aufgrund der gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) vorgebrachten Anregungen und Bedenken gem. § 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB geändert.

Vom 20.02.1989 bis 10.03.1989 wurde eine eingeschränkte Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 3 BauGB durchgeführt.  
Hildesheim, den 03.08.1989

Stadtplanungsamt

Innerhalb von 7 Jahren nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes sind Mängel der Abwägung nicht geltend gemacht worden.

Hildesheim, den 20.12.1990  
Der Oberstadtdirektor  
Im Auftrage